

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

**V/0002/2011**

Auskunft erteilt:

Herr Schiek

Ruf:

492 13 00

E-Mail:

Schiek@stadt-muenster.de

Datum:

03.02.2011

Betrifft

Anregung des Integrationsrates Nr. AIR/0005/2010 "Unterstützung der Aktion 302"

Beratungsfolge

16.02.2011 Hauptausschuss

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung

Die Anregung des Integrationsrates AIR/0005/2010 wird nicht aufgegriffen; sie ist damit erledigt.

**Begründung:**

Der Integrationsrat hat folgenden Beschluss angeregt (Anlage): "Die Stadt Münster zeigt Solidarität und bekräftigt ihren Willen, keine in Münster lebenden Roma in den Kosovo abzuschieben durch Unterstützung der Aktion 302. In diesem Sinne werden abgehende Schreiben der Verwaltung der Stadt Münster mit folgendem Logo auf dem Umschlag (Freistempler) platziert: 'Aktion 302 - Bleibe-recht für Roma'. Diese solidarische Aktion sollte ein Vierteljahr anhalten."

Freistempler wurden von der Stadtverwaltung bislang ausnahmslos nicht für politische Botschaften eingesetzt. Sie werden verwendet, um zum Beispiel auf herausragende Ereignisse und besondere Angebote der Stadt aufmerksam zu machen, wie z.B. das Stadtjubiläum im Jahr 1993, das Inter-netportal [www.muenster.de](http://www.muenster.de) oder das Profil "Wissenschaft und Lebensart" als Ergebnis des Leit-bild-Prozesses. Zum Charakter politischer Stellungnahmen gehört es, dass sie begründet und er-läutert werden müssen, um zu überzeugen und bei den Empfängern zu wirken. Ein Stempelauf-druck auf Briefumschlägen der Verwaltung, der nur für wenige Worte Raum bietet, eignet sich da-für nicht. Wegen einer Präzedenzwirkung wäre ferner eine Abgrenzung weiterer Anfragen kaum möglich.

Zum inhaltlichen Anliegen der Anregung hat der Rat am 09.06.2010 in der einstimmig beschlosse-nen Resolution (AIR/0002/2010) eindeutig Position bezogen und diese auch ausführlich begründet. In dieser Resolution forderte der Rat u. a. die Landesregierung NRW auf, die Abschiebung von Minderheiten aus dem Kosovo auszusetzen und sich auf Bundesebene für ein Bleiberecht dieser Minderheiten einzusetzen. Der Stadtverwaltung empfiehlt die Resolution bzw. ermutigt sie dazu,

"wie bisher zu verfahren und alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu unternehmen, um Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo zu verhindern". Im Sinne dieser Resolution bemüht sich die Stadtverwaltung, keine Minderheiten in den Kosovo abzuschieben.

gez.  
Markus Lewe

Anlage  
Anregung des Integrationsrates an den Rat AIR/0005/2010